



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 31. Januar 2008

Mineralölsteuergesetz: Mutloser Entscheid des Bundesrats

Der Bundesrat will keine Vorzugsbehandlung für im Inland produzierte Biotreibstoffe. Der Schweizerische Bauernverband ist enttäuscht, dass der Wille des Parlaments ignoriert wird.

Der Bundesrat hat heute die Umsetzung des Mineralölsteuergesetzes beraten. Er will Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen, die eine positive Öko- und Sozialbilanz aufweisen, von der Mineralölsteuer befreien. So weit so gut. Der Bundesrat hat es aber leider versäumt, eine Positivliste mit steuerbefreiten Biotreibstoffe aus landwirtschaftlichen Rohstoffen zu definieren. So muss in Zukunft für diesen Biotreibstoff, auch wenn es sich dabei um Raps oder Zuckerrüben aus inländischer Produktion handelt, eine separate Ökobilanz gerechnet werden. Zum heutigen Zeitpunkt ist nicht einmal klar, wie dies geschehen soll. Das Vorgehen des Bundesrats führt zu neuen bürokratischen Hürden, bläst den Verwaltungsapparat auf und verteuert die Produktion von Biotreibstoffen unnötig. Es stellt sich zudem die Frage, wie im Falle einer sehr detaillierten Bilanzrechnung die Gleichbehandlung von in- und ausländischen Biotreibstoffen erreicht werden kann. Das ursprüngliche Ziel der Gesetzesänderung, einen Beitrag zum Klimaschutz einer nachhaltigen Schweizer Energiepolitik zu leisten, wird – so ist zu befürchten – zu einem Papiertiger.

Der SBV ist vom Vorgehen auch deshalb enttäuscht, weil die nationale Agrarpolitik aufgrund des Verfassungsauftrages der Nachhaltigkeit verpflichtet ist und diesem Auftrag mit der Erfüllung des ökologischen Leistungsnachweises flächendeckend nachkommt. Wohlgermerkt: Es ist nicht der Wille des SBV, in Zukunft auf Teufel komm raus Biotreibstoffe zu produzieren. Wir setzen uns aber für den freien Markt ein, wo Nachfrage und Angebot entscheiden, ob ein Rohstoff als Lebens-, Futter- oder eben Energiemittel verwendet wird.

Mit der nun vorliegenden Lösung hat es der Bundesrat weiter verpasst, den Produktionsstandort Schweiz langfristig zu stärken: Er lässt den inländischen Biotreibstoffen nicht den Vortritt. Das Parlament hat sich in der Frühlingssession 2007 klar für die Förderung der inländischen Biotreibstoffbranche ausgesprochen. Es wollte damit den Forschungs-, Produktions- und Werkplatz Schweiz stärken und den Nachholbedarf der Schweiz gegenüber dem Ausland im Bereich der zukunftssträchtigen erneuerbaren Energien verringern.

Der Bundesrat beharrt mit seinem heutigen Entscheid auf einer sehr restriktiven Auslegung des Völkerrechts. Er lässt die vom Parlament für die inländische Biotreibstoffbranche geöffnete Türe wieder zufallen. In Anbetracht der Tatsache, dass andere Industriestaaten ihre inländische Biotreibstoffproduktion ebenfalls schützen und stützen und dass die Massnahme ohnehin auf 12 Jahre befristet wäre, ist der Schweizerische Bauernverband mit dem mutlosen Entscheid des Bundesrats unzufrieden.

Rückfragen:

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Mobile 079 219 32 33

Heinz Hänni, Verantwortlicher Ökologie, Energie und Transport SBV, Tel. 031 385 36 44

Sandra Helfenstein, Mediensprecherin SBV, Mobile 079 826 89 75

www.sbv-usp.ch